

Steteljähriger Abonnementspreis  
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto  
2 Thaler 11 1/2 Sgr. Insetionsgebühr für den  
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck  
1 1/4 Sgr.

# Breslauer



# Zeitung.

Mittagsblatt.

Freitag den 27. Februar 1857.

Nr. 98.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

**Bombay, 2. Febr.** Murray ist in Buschir angekommen. Die Engländer haben in Bassora ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Die Chinesen beschießen fortwährend die englischen Forts. Die Rebellenflotte hat sich zu Whampoa mit der Kaiserflotte vereinigt, um die Engländer anzugreifen. Chineser-Dschunken haben den Dampfer Thistle verbrannt und die Mannschaft niedergemetzelt.

**Konstantinopel, 20. Febr.** Es ist eine Kommission zur Organisation der Gensdarmrie ernannt. Butenoff gab ein großes Ballfest. Die Brittenflotte wird bis zum 21. in Bujukdere bleiben. Die Regierung hat den englischen Telegraphen zu Barna übernommen.

**Kopenhagen, 26. Febr.** „Glyveposten“. Die Sundzoll-Konferenz wird nur noch eine Sitzung abhalten. Dänemark erhält 35 Millionen Thaler; wenig kontant. Die Abzahlung erfolgt in 40 Terminen. Alle Mächte gewähren gleiche Zinsen.

**Paris, 26. Februar, Nachm. 2 Uhr.** Ein Börsenschlag theilt so eben mit, daß die Bank von Frankreich wieder Wechsel, die 90 Tage zu laufen haben, annehmen werde. — Die Haltung der Börse ist bei Abgang der Depesche eine ziemlich feste, und das Geschäft belagert. Die 3pSt. wurde zu 70, 15. Credit-Mobilier zu 1415, Oester. Staatsbahn zu 772 gehandelt. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 94 eingetroffen.

**Paris, 26. Februar, Nachm. 3 Uhr.** Die durch die Bankmaßnahme hervorgerufene günstige Stimmung wurde bald durch starke Gewinn-Reaktionen geschwächt. Die 3pSt. sank auf 69, 90, stieg dann wieder auf 70, wog abermals auf 69, 80 und schloß bei lebhaftem Umsatz in matter Haltung zur Notiz. Franz-Josephsbahn wurde zu 530 gehandelt. Schluß-Course: 3pSt. Rente 69, 80. 4 1/2pSt. Rente 95, 50. Credit-Mobilier-Aktien 1410. 3pSt. Spanier 37 1/2. 1pSt. Spanier —. Silber-Anleihe 91. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 770. Lombard. Eisenbahn-Aktien 663. Franz-Joseph —.

**London, 26. Februar, Nachm. 3 Uhr.** Silber 61 1/2. Consols 93 1/2. 1pSt. Spanier 24 1/2. Mexikaner —. Sardinier —. 5pSt. Russen 109 1/2. 4 1/2pSt. Russen 97 1/2.

Der Dampfer „Petropolis“ ist gestern von Southampton nach Rio Janeiro abgegangen.

**Wien, 26. Februar, Mittags 12 1/2 Uhr.** Bankaktien 1042. National-Anleihen 86 1/2. Credit-Aktien 293. London 10, 08.

**Frankfurt a. M., 26. Februar, Nachmittags 2 Uhr.** Günstige Abwicklung bei sehr festen Kursen in sämtlichen Fonds und Aktien. Einige Gattungen, namentlich spanische, höher bezahlt. Schluß-Course: Wiener Wechsel 114 1/2. 5pSt. Metalliques 80 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 71 1/2. 1854er Loose 104 1/2. Oester. National-Anleihe 82 1/2. Oester. Franzöf. Staats-Eisenbahn-Aktien 277 1/2. Oester. Bank-Aktien 7188. Oester. Credit-Aktien 201 1/2. Oester. Elisabethbahn 200 1/2. Rhein-Nahe-Bahn 90 1/2.

**Hamburg, 26. Februar, Nachm. 2 1/2 Uhr.** Feste Stimmung. — Schluß-Course: Oesterreich. Loose —. Oesterreich. Credit-Aktien 149 1/2. Oesterreichische Eisen-Aktien —. Vereinsbank 100. Norddeutsche Bank 97. Wien —.

**Hamburg, 26. Februar.** [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen unverändert und stille. Del loco 32, pro Frühjahr 32 1/2, pro Herbst 30. Kaffee fest. Zint 7000 Ctr. loco mit Termin und pr. Frühjahr 19 1/2.

**Liverpool, 26. Februar.** [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. Markt wenig besucht bei ruhiger Stimmung und festem Preise.

## Telegraphische Nachrichten.

**London, 25. Februar.** Die heutige „London Gazette“ veröffentlicht die Namen der Soldaten jeden Ranges, welchen wegen ihrer Auszeichnung im orientalischen Kriege das Victoria-Kreuz verliehen worden.

In der gestrigen Oberhaus-Sitzung beantragte der Earl v. Derby die von ihm angekündigte Resolution, in welcher das Haus sein Bedauern über den Bruch mit China ausdrückt und das Verlangen um Zulassung der Engländer in China für unzeitgemäß, so wie die Feindseligkeiten für nicht gerechtfertigt erklärt. Es kam nicht zur Abstimmung, jedoch wurde die Debatte auf nächsten Donnerstag vertagt.

Im Unterhause beantragte Sir J. Walsley die Niederlegung eines Ausdrucks, welcher die Zweckmäßigkeit einer Ausdehnung des Stimmrechtes prüfen soll. Dieser Antrag wurde nach einigen Debatten mit 190 gegen 73 Stimmen verworfen. Lord J. Russell zeigt an, er werde den Antrag stellen, daß der Zehenzoll für die nächsten Jahre auf 1 Sh. 4 Pence und für das Jahr 1860 auf 1 Sh. per Pfund festgesetzt werde.

**Paris, 26. Februar.** Der „Siecle“ hat wegen eines Artikels über die jetzige Session der Legislative eine zweite Warnung erhalten. Der heutige „Moniteur“ demontirt die Gerüchte, welche in Betreff der Aenderung im Unterrichtssystem zirkuliren. Zu Air hat in der Kunst- und Handwerker-Schule ein Aufbruch stattgefunden, in Folge dessen 30 Schüler verhaftet sind.

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

**Haus der Abgeordneten, 24. Sitzung am 26. Februar.**

Beginn 11 1/2 Uhr, vor noch sehr leerem Hause, auch die Ministerbank ist noch unbesetzt. Präsident Graf Eulenburg. Tagesordnung: Die Fortsetzung der Ehegesetzbuch-Debatte, und zwar bei § 1, Punkt 8 (f. den gestrigen Sitzungsbericht). Die Kommission hat den 8. und 9. Punkt aus § 1 gestrichen, dagegen in § 2 aufgenommen, d. h. Unverträglichkeit und Zank, sowie wissentliche falsche Anschuldigung nicht vollständig als Ehegesetzbuchgrund gestrichen, sondern als bedingten Grund (dem Urtheile des Ehegerichts unterliegend) fortbestehen lassen. v. Fock bemerkt zunächst, daß durch das gegenwärtige Votum die Frage über Fortbestehen dieser Gründe in § 2 unberührt bleibe. (Der Justizminister ist eingetreten.) Er empfiehlt hierauf Aufrechterhaltung der beiden Kategorien, da, wenn man den idealen Begriff der Ehe mit Recht aufrecht erhalte, derselbe doch durch diese Gründe vollständig vernichtet sei. Man wolle die Ehe nicht, indem man die Unsitte und das Laster in dieselbe aufnehme. Das französische Gesetz verschärfe das Scheidungsrecht, aber erlaube das Concubinat, wenn es nur außer dem Hause getrieben werde. Dahin wolle man hier doch nicht kommen, und doch sei dies der Mensch geboren ist, darum darf die Todesstrafe nicht statthaben? Dasselbe sei es mit der Unlösbarkeit der Ehe. Der evangelische Standpunkt müsse bei aller Anerkennung des katholischen, hier festgehalten werden und dieser Lehre, daß die Ehe zwar ein Sakrament sei, aber so, daß sie erst durch die Ehegatten zum Sakrament werde, nicht, daß der Kirche Segen sie schon dazu mache. Von dieser Auffassung aus stimme er gegen die Regierungsvorlage, hier in der vorliegenden Abstimmung wie im Gesamten.

Der Kultusminister und der Geh. Justiz-Rath Friedberg sind erschienen. Mathis glaubt, man sei es der Ehre der Gesetzgebung schuldig, sie von

einem solchen Ehegesetzbuchgrunde zu befreien. Auf die Erörterungen des Vordrucks meint er nicht eingehen zu dürfen, da dieselben in die allgemeine Debatte zurückgegriffen.

Der Justizminister verweist darauf, daß § 699 des A. L. R. der als Ehegesetzbuchgrund fortbestehen, genügend gegen solche Explosionen der im Punkt 8 gedachten Charaktereigenschaften schütze, wie sie der erste Redner im Auge gehabt. Wie wenig er geneigt sei, auf die Redaktionen des A. L. R. mit Mißachtung herabzusehen, so könne man doch übersehen, daß das Scheidungsrecht des A. L. R. sehr unter dem Streben gelitten habe, das zu generalisiren, was die Praxis an Einzelfällen besonders Hervorstechendes gezeigt habe.

Graf Schwerin. Herr Mathis habe die Zanksucht als bloße Untugend aufgefaßt, etwa wie die Müßiggangerei, aber das Landrecht bezeichne ausdrücklich als Scheidungsgrund den Grad derselben, der Leben und Gesundheit des Ehegatten gefährde. § 699 (Nachstellungen nach dem Leben), den der Justizminister als identisch mit dem hier aufzuhabenden Ehegesetzbuchgrund bezeichnet, meine offenbar nur einen vorübergehenden einmaligen Akt, nicht eine fortdauernde Eigenthümlichkeit.

Reichensperger. Das Code Napoléon erlaube nicht das Concubinat, sondern erkenne es nur, außerhalb des Hauses geübt, nicht als Scheidungsgrund an.

Letzte führt Luthers Autorität an, der den beregten Ehegesetzbuchgrund habe gelten lassen, um gegen Mathis, der ebenfalls nur das äußerliche Band der Ehe erhalten wolle, aufzutreten, indem er gegen den Justizminister auf des Gr. Schwerin Argumente verweist.

v. Gerlach findet in Aufrechterhaltung dieses Grundes eine Prämiierung des Lasters, denn bleibe Zanksucht Ehegrund, so reize dies nur zur Zanksucht an.

Wengel. Dasselbe gelte dann auch vom Ehebruch, zu dem die Qualifikation desselben als Ehegrund dann ebenfalls anreize. In den gebildeten Ständen könne man sich leicht eine Zanksucht ohne jegliche Thätlichkeit denken, die mehr gesundheitsgefährlich sei, als der Schlag, den der gewöhnliche Mann seiner Frau gebe. Der Vorwurf des Justizministers gegen das Landrecht sei ungerecht, denn das A. L. R. habe das evange. Eherecht erst aufzubauen gehabt und das mußte es auf Grund der Praxis und ihrer einzelnen Erfahrungen thun.

Nach einigen Worten von Mathis bemerkt Fahn, es werde häufig Mißbrauch mit Äußerungen Luthers getrieben. Luther unterscheide sich von der kath. Auffassung, indem er den sakramentalen Charakter der Ehe geleugnet, daher dem Unschuldigen die Wiederverheirathung gestattet habe, dann indem er die „bössliche Verlassung“ in andern Sinne aufgefaßt, als die kath. Kirche. Andere Unterschiede principieller Art fanden zwischen den beiden Auffassungen nicht statt. Man stehe nicht auf dem Standpunkte der Reformatoren, wenn man für Gründe, wie die vorliegenden, eine Wiederverheirathungsbefugnis begründe.

Letzte. Auf ein Colloquium könne er hier nicht eingehen, der Grundsatz der Reformatoren, um den es sich hier handle, sei der, daß die Ehe vor den bürgerlichen Richter gehöre. Dieser Standpunkt sei in der ganzen Entwicklung der folgenden Jahrhunderte festgehalten und entwickelt worden.

v. Gerlach gegen Wengel: Der Ehebruch sei nicht straflos, deshalb auch kein Anreiz zu demselben zu befürchten. Wo das nicht der Fall sei, möge allerdings Herr Wengel Recht haben, in Hamburg z. B. genüge es zur Scheidung, wenn der Ehemann mit einigen Zeugen ins Bordell gehe. Auch in Frankreich sei mindestens der Ehebruch der Frau strafbar.

Nach einem kurzen Resumé des Berichterstatters, Abg. Breithaupt (der Ministerpräsident ist indessen auch erschienen), der die Ablehnung der Reg.-Vorlage, dem Kommissionsantrage gemäß, empfiehlt, geht man zur Abstimmung, zunächst über Punkt 8. Für die Regierungsvorlage stimmt die äußerste Rechte, mehrere Mitglieder der Fraktion v. Arnim, Dr. Fahn, v. Wedell, die Katholiken, ein Theil der Fraktion Niebold, von der Linken Diergardt u. A. Die Reg.-Vorlage ist angenommen, resp. wiederhergestellt, also Unverträglichkeit und Zanksucht fortan als Ehegesetzbuchgründe gestrichen.

Man geht zu Punkt 9. Nach dem v. Grävenitz (Elbing) für die Reg.-Vorlage gesprochen: der Justizminister aber bei der Seltenheit dieses Grundes es anheimgestellt, ob man denselben streichen oder als relativen (nach der Kommissionsfassung) fortbestehen lassen wolle; Oesterath dagegen bemerkt, daß der Grund leicht, wenn man ihn stehen lasse, größeren Umfang gewinnen könne; v. Gerlach stimmt dem bei, da „ein Faß aus einem Loch ebenso gut auslaufe, als aus sechs“ und da der Umstand, daß ein Grund bisher selten vorgekommen, noch nicht beweise, daß er künftig nicht häufiger stattfinden werde — geht man zur Abstimmung. Für Aufrechterhaltung der Reg.-Vorlage stimmt die äußerste Rechte, ein Theil der Fraktion v. Arnim, Bergberg, die Katholiken (incl. der Polen), Carl (Ludewalde), Diergardt; dagegen die Linke, die Fraktion Niebold, die Fraktion Bichtemann, Steinbeck, v. Wittwig (Berlin); das Resultat ist zweifelhaft, die Zählung erweist 133 für, 134 gegen die Reg.-Vorlage, man geht zum Namensaufzählung. Dieser ergibt Ablehnung der Reg.-Vorlage mit 155 gegen 146 Stimmen.

(Der Handelsminister und der Chef des Landwirthschaftlichen sind eingetreten.)

Man geht zu § 2:

§ 2 lautet: Auch wegen der im § 699 Thl. II. Tit. 1. A. L. R. erwähnten Lebens- oder gesundheitsgefährlichen Mißhandlungen, desgleichen aus den in den §§ 702, 704, 706, 708 bis 713 a. a. D. aufgestellten Gründen soll nicht auf Ehegesetzbuch erkannt werden, es sei denn, daß das Ehegericht aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise die Überzeugung gewonnen, daß durch die Schuld des verklagten Theiles die Ehe in nicht minderem Grade, als wie durch Ehebruch oder bössliche Verlassung zerrüttet worden sei.

Die Kommission hatte die von ihr in § 1 gestrichenen Gründe hier aufgeführt, also die Einschaltung beantragt:

„desgleichen aus den in den §§ 694, 695, 700 bis 706, 708 bis 713 a. a. D. aufgestellten“ u. s. w.

Amendements sind gestellt von v. Gerlach, § 2 zu fassen:

Auch wegen bösslicher Verlassung, wenn der Aufenthalt des angeblich abtrünnigen Theiles bekannt und erreichbar (§ 688 Thl. II. Tit. 1. A. L. R.) ist, desgleichen aus den in den §§ 699, 700 u. s. w., wie in der Regierungsvorlage — und am Ende dieses § die Worte:

„oder bössliche Verlassung“ zu streichen.

Derselbe Abgeordnete hat indeß, mit Wagener (Neustettin) den weiteren Antrag auch noch gestellt, die Worte:

es sei denn... bis zum Schluß, zu streichen.

Mathis beantragt folgende Fassung:

Auch wegen bösslicher Verlassung, wenn der Aufenthalt des entwickelten Ehegatten bekannt und so belegen ist, daß eine richterliche Verfügung zur Wiedervereinigung der getrennten Ehe stattfinden kann (§ 688 Thl. II. Tit. 1. A. L. R.), ferner wegen der im § 699 Thl. II. Tit. 1. A. L. R. erwähnten Lebens- oder gesundheitsgefährlichen Mißhandlungen, desgleichen (u. s. w. wie in dem Kommissionsvorschlage); ferner beantragt er, diesen Schluß also zu fassen:

Desgleichen aus den in den §§ 700 bis 702, 704—6, 708—13 a. a. D. desgleichen aus den in dem Kommissionsberichte und in der Regierungsvorlage mit Fortlassung der Worte: oder bössliche Verlassung.

Strohn beantragt folgende Fassung:

Auch wegen der im § 699 Thl. II. Tit. 1. A. L. R. erwähnten Lebens-

oder gesundheitsgefährlichen Mißhandlungen, desgl. aus den in den §§ 694, 695, 700—706, 708—713 a. a. D. aufgestellten Gründen soll nur dann auf Ehegesetzbuch erkannt werden, wenn das Ehegericht aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise die Überzeugung gewonnen hat, daß durch die Schuld des verklagten Theiles die Ehe dergestalt zerrüttet ist, daß zu einer Ausöhnung und zur Erreichung der Zwecke des Ehestandes gar keine Hoffnung mehr übrig bleibt. Letzte endlich beantragt:

am Schluß des § 2 oder dessen Amendement anzufügen:

Darüber, ob die Ehe in der ebengedachten Weise zerrüttet ist und zur Erreichung der Zwecke des Ehestandes keine Hoffnung mehr übrig bleibt, erfolgt die Entscheidung durch Geschworene; deren Ausspruch über diese Frage ist dem richterlichen Erkenntnis zum Grunde zu legen.

Wegen der Art und Weise der Verfassung und Zuziehung der Geschworenen, wobei jedoch die für das Strafverfahren geltenden Bestimmungen zum Anhalt dienen, ist eintheilend bis zur nächsten Sitzung der Häuser durch königliche Verordnung die nähere Festsetzung zu treffen.

Der erste Redner ist:

Berger: Nach diesem Paragraphen solle selbst der Mordversuch nicht mehr als Scheidungsgrund gelten, das sei kein bürgerliches Recht, er werde, also dagegen stimmen, so wie künftig gegen das ganze Gesetz. Er rügt, daß die Katholiken in der gegenwärtigen Diskussion nur ihrer Religion den Ausdruck „Kirche“ zuerkennen, dem Protestantismus aber den der „Konfession“ —

v. Grävenitz (Elbing) wendet sich gegen Strohn's Antrag, weil er dem Richter die feste Grundlage des Urtheils raube. Der Richter sei den Zeitströmungen der Sittlichkeit ebenfalls unterworfen, darum sei es nothwendig, ihm feste Begriffe, wie den des Ehebruchs zum Maßstabe zu geben. Gegen Bergr's ersten Satz verweist er diesen darauf, daß der Mordversuch sogar als absoluter Ehegrund stehen bleibe. Wenn an Erhaltung des Schwurgerichts liegt, der werde ihm keine Aufgabe stellen, der es nicht gewachsen sei, wie Herr Letzte es wolle. Die bössliche Verlassung, in welche das Amendement Mathis und v. Gerlach Unterschiede trage, sei allerdings nicht unter allen Umständen absoluter Ehegrund, aber die Untercheidung formell festzustellen, sei zu schwierig. Er empfiehlt Annahme der Reg.-Vorlage.

Letzte. Nach einigen auf die Generaldebatte und die aus derselben ihm gewordenen Entgegnungen eingehenden Bemerkungen, in denen er wiederum betont, daß die Civilehe die einzige Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten sei, geht er auf sein Amendement zurück. Das Urtheil über Ehezerüttung und deren Grad gehöre nicht vor den grünen Tisch, wo vielleicht junge Unverheirathete Richter. Die Männer des bürgerlichen Lebens seien hier allein kompetent, und sein Gedanke daher wohl werth, weiter verfolgt zu werden. Einen Unterschied und verschiedene Grade einer Ehezerüttung kenne er nicht, wäre die Ehe überhaupt zerrüttet, so trenne man sie. Er stimmt gegen den § 2.

Wagener will gegen das Amendement Letzte sprechen, worauf ihm bemerkt wird, daß dasselbe zurückgezogen sei. (Aus der Rede des Antragstellers war dieser Entschluß vielleicht zu entz., aber nicht zu vernehmen.)

Strohn. Auch er erkenne die Nothwendigkeit einer Beschränkung der Scheidungsgründe an, auch er wünsche ein möglichst christliches Gesetz, aber dasselbe solle für Katholiken und Protestanten gelten, also ein bürgerliches sein. Deshalb müsse er gegen § 2 stimmen, denn derselbe ruhe auf rein protestantischem Kirchenrecht, indem er Ehebruch und bössliche Verlassung als die beiden berechtigten und maßgebenden Scheidungsgründe aufstelle, nach welchen die andern Gründe abgemessen werden sollen. Dieser Grundsatz widerspreche der katholischen Lehre. Um dies zu vermitteln, habe er den Antrag gestellt, welcher das Urtheil über die Zerrüttung aus dem Inbegriffe aller Thatfachen sich bilden lassen wolle. Man habe an seinem Antrage die bestimmten Merkmale der Zerrüttung vermisst, aber es gebe keine solche.

Der Justizminister: Die Ausschließung des Mordversuchs von den Scheidungsgründen (Berger) sei unbegründet. Gegen sämtliche Amendements müsse er sich erklären. Die Richtigkeit des Grundgedankens, den die Regierungsvorlage im § 2 ausdrücke, sei von Kirchenrechtslehrern, z. B. Richter, selbst anerkannt. Er erkenne an, daß man in der bösslichen Verlassung Unterschiede machen könne, aber das hier aufgestellte Kriterium sei unter den obwaltenden Verhältnissen sehr schwer festzuhalten.

Wagener (Neustettin): Sein Amendement bezwecke allerdings das Entgegengesetzte der Vorlage, er wolle die Scheidungsgründe in solche theilen, welche die Ehe wirklich schieden, und in solche, welche sie nur auf Zeit oder auf Lebenszeit trennten. — Das Amendement Strohn verlege ebenfalls die katholische Auffassung, denn letztere gebe überhaupt keine Ehezerüttenden Motive zu. — Das Hauptgebrechen dieses Antrages sei, wie des Gesetzes überhaupt, die Inkonsequenz, daß man die kirchliche Trauung festhalten habe, ohne deren Vorbedingungen zu berücksichtigen. Die Selbstständigkeit der Kirche sei aus der Verfassungs-Urkunde in die Wirklichkeit übergetreten, und er hoffe, das werde sie in Kürze noch schärfer beweisen. Die Kirche werde sich nicht mehr durch Gesetze zwingen lassen, ihre Autorität da eintreten zu lassen, wo man sie nur zur Hälfte anerkennen wolle. Die evangel. Kirche habe nicht von Hause aus ein anderes Kirchenrecht gehabt als die katholische, dies sei bis zu Anfang des 18. Jahrhunderts keineswegs der Fall gewesen.

Mathis rechtfertigt sein Amendement, indem er die praktischen Uebelstände entwickelt, welche die bisherige bössliche Verlassung, die oft nur im Bezüge getrennter Wohnungen in derselben Straße bestände, mit sich führe.

v. Mallinckrodt über den Vorwurf des Abg. Berger: Eine verlebende Absicht liege in dem Ausdruck „Protestanten“ nicht, denn derselbe finde sich in einer großen Zahl kirchlicher Schriften, obwohl er gern zugebe, daß, wenn von der Landeskirche die Rede sei, der Ausdruck „evangelisch“ richtiger sei. Er werde sich bemühen, seinen Sprachgebrauch darnach zu regeln. — Die Katholiken hätten als Abgeordnete den Bedürfnis beider Konfessionen vorzuziehen möglichst zu genügen, ohne dabei ihren Pflichten als Katholiken etwas zu vergeben. Die Lage derselben werde noch schwieriger durch das Gewicht, welches ihre Abstammung habe, obwohl ihr Interesse an dem Gesetz praktisch weit geringer sei, als das der Evangelischen. Bei § 2 theile sich die Anschauung der Katholiken. Die Einen, welche die relative Bedeutung des ganzen Gesetzes zwar beachten, aber die Paragraphen einzeln als selbstständiges Ganzes betrachten, sehen im Schluß des § 2 eine Anerkennung des Prinzips der Trennung, das sie nicht anerkennen können, und würden deshalb dagegen stimmen. Die Andern sehen die Tendenz der Scheidungsgrund-Beschränkung hier vorwaltend und stimmen dieserhalb dem § bei. Diese Erklärung hielten die Katholiken jetzt für an der Zeit und für genügend.

v. Gerlach giebt zu, daß hier eine Annäherung an die neueste Praxis des evangelischen Kirchenrechts vorliege, aber es sei auch zugleich eine an das katholische Kirchenrecht. Deshalb hätten die Katholiken dafür zu stimmen, wenn auch ihnen die Annäherung nicht genüge. Auch ihm genüge sie nicht, aber er theile die eben dargelegte Anschauung des Herrn v. Mallinckrodt, welche die aller treuen Bekenner beider Konfessionen sein sollte. Er zieht sein Amend. zu Gunsten des Mathis'schen zurück, das im Sinne mit dem seinigen zusammenfalle.

Der Schluß der Debatte wird angenommen, 6 Redner, v. Keller, Strohn u. A. sind noch angenommen. Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Amend. Wagener (für dasselbe die Katholiken und die äußerste Rechte), eben so des Mathis'schen und des Strohn'schen, dagegen Annahme des § 2 nach der Commissions-Fassung.

Die Sitzung schließt damit, halb 4 Uhr, die nächste findet morgen Freitag 10 Uhr statt.



